

Beiträge zur Basler Geschichte

Gegen den Krieg

**Der Basler Friedenskongress 1912
und seine Aktualität**

Bernard Degen

Heiko Haumann

Ueli Mäder

Sandrine Mayoraz

Laura Polexe

Frithjof Benjamin Schenk

(Hg.)

Christoph Merian Verlag

Diese Publikation wurde ermöglicht durch einen Beitrag
der Christoph Merian Stiftung an die Produktionskosten.



1. Auflage, 2012

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-85616-571-0

Auch als E-Book erhältlich: eISBN 978-3-85616-578-9



Ein Unternehmen der Christoph Merian Stiftung

© 2012 Christoph Merian Verlag

Alle Rechte vorbehalten; kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form ohne vorherige
schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert oder unter Verwendung elektronischer
Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Die Herausgeber haben sich bemüht, sämtliche Copyrightinhaber ausfindig zu machen
und ihr Einverständnis zum Abdruck einzuholen. Sollten Copyrightinhaber übersehen worden
sein, bitten wir die Betroffenen, sich mit dem Verlag in Verbindung zu setzen.

Lektorat: Ulrich Hechtfisher, Freiburg i. Br.

Gestaltung und Satz: Atelier Mühlberg, Basel

Lithos: LAC AG, Basel

Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG, Altusried-Krugzell

Papier: Z-Offset W 100 g/m²

www.merianverlag.ch

Inhalt

	Vorwort	7
1	Der Friedenskongress der Zweiten Internationale in Basel	11
1.1	Vor dem Kongress (Bernard Degen)	12
1.2	Basel im Zentrum der Friedensbewegung (Bernard Degen)	30
1.3	Frauen am Kongress und die Frauenversammlung im Bernoullianum (Sandrine Mayoraz)	56
1.4	Der Kongress und die Arbeiterbewegung in der Regio (Pascal Maeder)	69
1.5	Der Friedenskongress als Ausdruck des neuen globalen Zeitalters (Frithjof Benjamin Schenk)	77
2	Die Entwicklung der Zweiten Internationale und der Friedensbewegung vor dem Basler Kongress	85
2.1	Zur Geschichte der Zweiten Internationale (Heiko Haumann, Laura Polexe)	86
2.2	Die nationalen Arbeiterparteien (Heiko Haumann, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe)	91
2.3	Zur Geschichte der internationalen Friedensbewegung (Heiko Haumann)	122
2.4	Debatten um Krieg und Frieden in der Zweiten Internationale (Heiko Haumann, Laura Polexe)	133

3	Die Folgen des Basler Kongresses	141
3.1	Die europaweite Ausstrahlung des Kongresses (Bernard Degen)	142
3.2	Die Bedeutung des Friedenskongresses für den Balkankrieg (Laura Polexe)	151
3.3	Die Folgen des Kongresses und das Scheitern der Zweiten Internationale (Heiko Haumann, Laura Polexe)	157
3.4	Louis Aragon und der Basler Friedenskongress: «Les Cloches de Bâle» (André Vanoncini)	168
4	Quellen	175
5	Friedenspolitik heute und die Aktualität des Basler Friedenskongresses – Gesellschaftspolitische und sozialtheoretische Perspektiven	239
5.1	«Hoch die internationale Solidarität!»: Globale Sozialpolitik ist auch Friedenspolitik (Ueli Mäder, Hector Schmassmann)	240
5.2	Zur Aktualität des Basler Friedenskongresses: Sozialer Ausgleich und Zivilgesellschaft (Ueli Mäder, Hector Schmassmann)	258
	Anhang	275
	Literaturverzeichnis	276
	Bildnachweis	283
	Verzeichnis der Kurzbiografien sowie ihrer Autorinnen und Autoren	285

**Friedenspolitik heute und die Aktualität
des Basler Friedenskongresses**
Gesellschaftspolitische und
sozialtheoretische Perspektiven

«Hoch die internationale Solidarität!»: Globale Sozialpolitik ist auch Friedenspolitik

Ueli Mäder, Hector Schmassmann

Die imperiale und hegemoniale Politik sowie die soziale Frage fanden am Basler Friedenskongress von 1912 viel Beachtung. Sie sind immer noch zentral und eng miteinander verknüpft. Die imperiale Politik begegnet uns heute – in neokolonialer Form – als globale soziale Frage.

1912 war die Welt bereits imperial aufgeteilt. Die internationale Arbeiterklasse verstand sich als wichtiger Friedensfaktor. Sie weckte grosse Erwartungen. Leider erwiesen sich viele Hoffnungen als Illusion. Weite Bevölkerungskreise begeisterten sich für den Ersten Weltkrieg, ebenso für den Sturm auf die letzten «weissen Flecken» der Erde. Die Befreiungsbewegungen in südlichen Kontinenten agierten zunächst recht isoliert. In Afrika erkämpften sie die Dekolonisation erst in den 1960er-Jahren. Einseitige internationale Machtgefüge blieben jedoch – trotz Unabhängigkeit – bis heute erhalten. Sie lassen sich als eine «strukturelle Gewalt» verstehen, die quasi mitten aus der Gesellschaft kommt und auch auf sozio-ökonomische Bedingungen reagiert. Aktuelle Friedenspolitik versucht, diese schwierig fassbaren Formen der Gewalt zu berücksichtigen. Dazu gehören auch soziale Gegensätze. Sie lassen sich ebenfalls als strukturelle Gewalt fassen.

Die Friedens- und Konfliktforschung hat sich in Weiterführung der Ansätze aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, jetzt aber als wissenschaftliche Disziplin, intensiv mit den Ursachen von Kriegen und in erweiterter Form mit den Ursachen von Gewalt beschäftigt. Der Massenstreik ist als Mittel zur Kriegsverhinderung angesichts der Veränderungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung inzwischen ausgeschieden. Demonstrationen finden hingegen immer noch statt, auch die jährlichen Ostermärsche stehen in dieser Tradition. Erörtert werden in der Wissenschaft und in der Politik etwa Massnahmen zur Abrüstung, im Besonderen der Atomwaffen, zur Demokratisierung des Militärs, zur Vermin-

derung oder gar Abschaffung der Armeen oder zum Abbau von Feindbildern. Die Rolle von Nichtregierungsorganisationen steht ebenso zur Debatte wie die allgemeine Sicherheitspolitik oder der Auslandseinsatz von Soldaten, der als ‹Friedensförderung› bezeichnet wird, häufig jedoch letztlich wirtschaftlichen und politischen Interessen dient. Nach wie vor sind Schiedsgerichte und seit einiger Zeit auch eine internationale Gerichtsbarkeit wichtige Hilfen einer Friedenspolitik. Immer wieder werden Möglichkeiten einer Welt-Innenpolitik untersucht, einer durch die Vereinten Nationen garantierten Welt-Friedensordnung. Manchmal zielt die Forschung weniger auf die Abschaffung von Kriegen, sondern eher auf ein Konfliktmanagement. Umstritten ist, was unter ‹Friede› zu verstehen ist: die Abwesenheit von Krieg oder auch eine demokratische und sozialverträgliche Ordnung? Welche Bedeutung hat der Gender-Aspekt? All diese Fragen sind von den Vorschlägen und Forderungen im Umfeld des Sozialistischen Friedenskongresses von 1912 angestoßen worden. Damals standen der Kapitalismus und der Klassenkampf im Mittelpunkt der Ursachenforschung. Heute können Armut und soziale Polarisierung im nationalen wie internationalen Zusammenhang als entscheidende Ursache von gewalthaften Konflikten und Kriegen betrachtet werden. Damit wollen wir uns im Folgenden hauptsächlich auseinandersetzen.

Weniger als zwanzig Prozent der Erdbevölkerung verfügen über mehr als achtzig Prozent des Welt-Bruttosozialprodukts, also der gesamten wirtschaftlichen Leistung, die sich einkommensmässig nach einer marktförmigen Wettbewerbslogik materialisieren lässt. Sie verbrauchen in den reichsten Regionen über achtzig Prozent der Energie und der Rohstoffe. Und obwohl genügend Nahrungsmittel produziert werden, um die Weltbevölkerung angemessen zu ernähren, leiden über 800 Millionen Menschen an Unterernährung. Verarmte Zonen befinden sich mitten im Reichtum. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts starben mehr Menschen durch soziale Not und strukturelle Ungerechtigkeitsverhältnisse als durch Krieg. Zudem entstehen viele Kriege aus diesen Ursachen. Kriege sind jedenfalls aktuell. Sie bedrohen weltweit unzählige Menschen. Geschichte lässt sich auch als eine Geschichte von Kriegen lesen: von nationalistischen, ideologischen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kriegen. Soziale Ungleichheiten sind dabei zentral – sei es beim Kampf um Nahrung, Wasser oder Öl. Ob Knappheit oder Überfluss, die unterschiedliche Ausstattung mit

Ressourcen verursacht Spannungen. Sie prägt die aktuelle Konfliktdynamik und treibt Menschen zur Flucht, manchmal aus politischen, manchmal aus kulturellen Gründen. Kriege sind ein soziales Phänomen. Sie leben auch von Vorstellungen einer Allmacht, die heroisiert, was Menschen verletzt. Eine Friedens- und Sicherheitspolitik kann nur nachhaltig sein, wenn sie neben dem Schutz der Menschen auch die Nutzung lebenswichtiger natürlicher Ressourcen in gemeinsamer Verantwortung in ihre Agenda aufnimmt.

Armut, soziale Ungleichheit und Krieg

Armut kann, muss aber nicht immer zu Krieg führen. Und Krieg kann zu Armut führen. Bürgerkriege wirken sich oft zerstörerisch auf Entwicklungsprozesse aus. Das zeigt sich gerade in Ländern mit einem niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, des Ausbildungs- und des Gesundheitswesens. Aber auch ressourcenreiche Gebiete können besonders kriegsgefährdet sein. Die einseitige Abhängigkeit von Rohstoffen ist jedenfalls ein wichtiger Risikofaktor. Kriege werden zwar oft ideologisch begründet, sie haben aber viel mit politischer Ökonomie zu tun. Dabei geht es um Diamanten, Edelmetalle, Edelhölzer und Erdöl. Das veranschaulichen aktuelle Ereignisse in Sierra Leone, Nigeria, Angola, Liberia und im Kongo. Es gibt allerdings auch andere Beispiele. So verfügt Botswana, das hinsichtlich Wohlstand und wirtschaftlicher Leistungskraft mit Angola vergleichbar ist, über viele Diamanten, ohne dass es dort zu schwerwiegenden Konflikten kommt.

Armut ist also kein hinreichender Grund für Kriege. Malawi etwa hat weltweit eines der niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen, ist aber ein relativ friedliches Land. Wenn allerdings ganze Regionen oder Bevölkerungsgruppen sozial absteigen, häufen sich gewalttätige Auseinandersetzungen, vor allem dann, wenn Staaten politisch relativ schwach legitimiert und institutionalisiert sind. Wachsender Wohlstand scheint hingegen die Gefahr gewaltsamer Konflikte zu bannen.⁸⁶ Auch dies hängt allerdings von der Akzeptanz demokratischer Verfahrensweisen ab. Kausale Befunde erklären jedenfalls wenig, wenn sie nicht in

86 Der wahre Wohlstand der Nationen 2010.

einen gut entwickelten normativen Bezugsrahmen gesetzt werden. Normative Sichtweisen orientieren sich an dem, was sein soll. Sie bestimmen mit, wie sich konkrete Erfahrungen deuten lassen. Aus unserer Sicht erhöht Armut die soziale Brisanz und die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen. Sie hindert Menschen daran, sich für die eigenen und die darüber hinausgehenden Interessen einzusetzen.

Weltweite Verflechtungen kennzeichnen die Globalisierung: wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, kulturell. Sie eröffnen ein sozialräumliches Gesellschaftsbild, das weder territorial noch national gebunden ist. Zivilgesellschaftliche Ansätze fordern eine sozial verträgliche Globalität, die Ausgrenzung und Isolation verhindert. Die Globalisierung ist – wenn man den Begriff weit fasst – ein altes Phänomen. Rund drei Viertel der Landfläche der Erde wurden während der letzten fünfhundert Jahre europäisch kolonisiert. Neu ist der rasante Anstieg des Welthandels und der Finanzströme. Die Bedeutung der Wirtschaft nimmt im Zuge der Intensivierung der globalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu, der regulierende Einfluss des Staates und der politischen und gesellschaftlichen Akteure der Zivilgesellschaft wird zurückgedrängt. Das gilt zumindest für den Zeitraum von 1989 bis 2009. Ein demokratischer Staat und eine zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit sind jedoch unerlässlich, um die sozialen Verzerrungen an den Märkten zu verhindern. Sie allein sind Garant für mehr Gerechtigkeit und eine effiziente Verteilung der Ressourcen – zum Beispiel über die Besteuerung wirtschaftlicher Tätigkeiten, eine verantwortungsvolle Budgetpolitik sowie eine Förderung lokaler Sozialbewegungen und Institutionen. Die internationale Handelspolitik liess sich stattdessen instrumentalisieren, um Handelsschranken weitgehend zu senken und eine rigorose Marköffnung zu akzeptieren. Sie erwies sich gegenüber der Macht der Konzerne als zu schwach, um wenigstens klare soziale Auflagen durchzusetzen. Und wenn soziale Verbindlichkeiten aufweichen, erhöht sich die Gefahr, dass Verunsicherungen autoritäre Kräfte stärken und sich mit den vergrößerten Einkommensungleichheiten und wachsenden Polarisierungen Bewusstseinsformen durchsetzen, die die Gefahren gewalttätiger Auseinandersetzungen verstärken.

Der Welthandel und die Finanzströme sind zentrumsorientiert. Sie klammern weite Teile der Bevölkerung aus. Während die Preise für industriell gefertigte

Güter tendenziell steigen, sinken – im Vergleich – die Preise für Rohstoffe und Primärgüter. Weil sich die Austauschbedingungen verschlechtern, erzielen viele südliche Länder mit mehr Exporten weniger Erlös. Die verschärfte Standortkonkurrenz zwischen den reichen Zentren erhöht den Druck, die Produktion zu rationalisieren. Maschinen ersetzen menschliche Arbeit. Sie schenken uns mehr Zeit und Geld, zumal die Produktivität steigt. Aber wenn es mit der Verteilung hapert, verbreiten sich Arbeitslosigkeit und knappe Einkommen. Beide Phänomene können mit einem verstärkten Gefühl der Selbstentfremdung, einer Abspaltung von den eigenen Gefühlen und Wahrnehmungen einhergehen.

Theoretiker der Modernisierung plädieren für geballte Investitionen in Wachstumszentren. Sie nehmen an, dass der daraus folgende Wohlstand dann allmählich ins «Hinterland» sickert. Doch der erhoffte Effekt lässt auf sich warten. Drei Milliarden Menschen leben immer noch von weniger als zwei Dollar pro Tag. Und die wirtschaftliche Macht konzentriert sich, fünfhundert Unternehmen kontrollieren zwei Drittel des weltweiten Handels. Ihr Umsatz übersteigt die Hälfte des weltweiten Sozialprodukts.⁸⁷ Und nach der ETH-Studie von Vitali u. a. «The Network of Global Corporate Control»⁸⁸ kontrollieren 147 Konzerne 40 Prozent des Kapitals aller multinationalen Konzerne. Dies ist eine beunruhigende Entwicklung. Die Zentralisierung der Wirtschaft berührt politische Grundlagen wie das Territorialprinzip (feste Grenzen), das Souveränitätsprinzip (staatliches Gewaltmonopol) und das Legalitätsprinzip (verbindliches Vertragswesen). Die Aufweichung bewährter Prinzipien erhöht die Verunsicherung und den Ruf nach einer starken Hand, die für Ordnung sorgen soll. Rasche Veränderungen und komplexe gesellschaftliche Strukturen verlocken dazu, Halt in Vereinfachungen zu suchen. Mit dem Globalismus formieren sich so neue fundamentalistische Strömungen, aber auch zivilgesellschaftliche Bewegungen, die sich vernetzen und den sozialen Zusammenhalt fördern.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Wenn der Welthandel und die Finanzströme vornehmlich zentrumsorientiert funktionieren, relativieren sie die Globalisierung, nicht zuletzt, weil auf diese Weise weite Bevölkerungsteile aus-

⁸⁷ Basler Zeitung, 12.3.2012.

⁸⁸ Vitali u. a. 2011.

Die Strategie der «Self-Reliance» strebt keine nationalistische Autarkie an. Sie führte seit den 1970er-Jahren da und dort dazu, die Grundbedürfnisse besser zu befriedigen. Das erwies sich als vielversprechend. Das Aufbrechen der Berliner Mauer und des West-Ost-Gegensatzes forcierte jedoch den Globalismus. Investitionen flossen nun zunehmend in jene Regionen, die eine maximale Kapitalverwertung gewährten. Andere Regionen wurden auf diese Weise unfreiwillig abgekoppelt. Das macht eine eigenständige Entwicklung umso schwerer. Aus unserer Sicht gibt es aber keine Alternative dazu. Gängige Modernisierungskonzepte vernachlässigen das Konfliktpotenzial, das sich aus sozialer Ungleichheit ergibt. Die «selektive Dissoziation» – im Sinne einer vorübergehenden Abkoppelung vom Weltmarkt – fördert hingegen den sozialen Ausgleich. Sie verringert einseitige Abhängigkeiten und bannt damit auch etwas die Gefahr gewalttätiger Konflikte.

Konzepte einer sozialen Globalität plädieren im Gegensatz zum wirtschaftlichen Globalismus für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Sie schlagen vor, die Preise für Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter anzupassen. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen würde den südlichen Kontinenten die Hälfte des Mehrerlöses genügen, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen.⁸⁹ Stabile Abnahmequoten und Preise könnten helfen, die Produktion aufzufächern und die Abhängigkeit von einzelnen Exportgütern zu mindern. Diese Vorschläge gehen davon aus, dass die Zentralisierung der Wirtschaft ein politisches Korrektiv braucht. Typologien einer Transnationalen Demokratie unterscheiden Ansätze einer zentral-demokratischen Weltordnung mit universalen Beschlüssen von einem liberal-demokratischen Pluralismus, der an bestehende staatliche Vereinbarungen anknüpfen will. Progressiv kommunitäre Ansätze zielen darauf ab, zivilgesellschaftliche Einrichtungen zu stärken. Sie streben keine Weltregierung an, sondern eine bessere Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen. Dieser Schulterchluss soll den sozialen Zusammenhalt global festigen und ein autoritäres 21. Jahrhundert verhindern.

Der einseitig wirtschaftlich orientierte Globalismus stärkt nationalistische und provinziell-nationalistische Kräfte. Die soziale Globalität hingegen trachtet

89 Der wahre Wohlstand der Nationen 2010.

– wie einst mit ›Hoch die internationale Solidarität!‹ skandiert – nach dem sozialen, kulturellen und politischen Ausgleich, der auch länderübergreifende regionale Zusammenschlüsse unterstützt. Verbindliche Vereinbarungen im Sinne einer Anpassung der Preise für Primärgüter und Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter könnten wesentlich dazu beitragen. Von solchen Massnahmen würden derzeit allerdings auch die Eliten in südlichen Ländern profitieren. Daher ist es wichtig, sich sowohl für gerechtere Preise als auch dafür zu engagieren, die politischen Strukturen weiter zu demokratisieren. Ansätze der Dependenztheorie zielen darauf ab, einseitige Abhängigkeiten zu mindern. Entsprechende internationale Vereinbarungen müssten – neben der materiellen und sozialen Existenzsicherung – auch die Menschenrechte einbeziehen. Teile der neuen Friedensbewegung bemängeln allerdings solche normativen Forderungen.

Alte und neue Friedensbewegung

In der Friedensforschung gilt es, über institutionelle Analysen hinaus, die Prozesse der Machtkonzentration stärker zu beleuchten. Ältere Ansätze der Konfliktforschung betonen strukturelle Ursachen der Konflikte. Neuere Ansätze konzentrieren sich mehr darauf, Konfliktodynamiken zu erörtern und gesellschaftliche Diskurse über Frieden, Gerechtigkeit oder Gewalt zu dekonstruieren, ohne diese ursächlich zu ergründen. Sie wollen sich von normativen Grundlagen der Konfliktforschung befreien und sich eher an Systemtheorien orientierten. Die ältere Generation – die Kritische Friedensforschung – tritt vor allem für eine inhaltliche Ausgestaltung des Friedens ein, der mehr ist als die Vermeidung von Krieg, indem er auch auf eine gerechte Ordnung des Zusammenlebens zielt. Die jüngere Generation richtet ihre Aufmerksamkeit stattdessen auf pragmatische Aspekte der Konflikte, auf ein Konfliktmanagement. Sie entfernt sich dabei von einem Friedensbegriff im Sinne der Abwesenheit von (struktureller) Gewalt, und sie wendet sich auch gegen ›normativ aufgeladene‹ Konzepte der Verteilungsgerechtigkeit. Zur Begründung dient zuweilen ein radikal konstruktivistischer Ansatz, der den Relativismus und die eigene Vorstellung von der Welt stark betont und dafür plädiert, gegenüber anderen Interpretationen der Welt Toleranz aufzubringen. Während die Kritische Friedensforschung konkrete Wege der Veränderung aufzeigen will, zielt der radikal konstruktivistische Ansatz

darauf ab, Akteure zu befähigen, sich aufgrund der Einsicht in die Bedingtheit der eigenen und fremden Wahrnehmungssysteme von festgefahrenen Positionen zu lösen und kompromissfähig zu werden. Damit ist gemeint, dass wir uns endlich von der Vorstellung befreien sollen, dass Gesellschaft auf den meisten Ebenen durch Gewalt geregelt und gesteuert wird. Eine andere Wirklichkeit, andere Möglichkeiten sind denkbar, bei denen menschliche Beziehungen auch ohne versteckte oder offene Gewalt auf eine achtsame, empathische und aufmerksame Art funktionieren können.

Die methodologischen Einwände gegen die Kritische Friedens- und Konfliktforschung zielen darauf ab, die «normativ aufgeladenen» Begriffe zu dekonstruieren und «von emanzipatorischen Inhalten zu befreien». Dabei gilt das Interesse mehr der Dynamik der Konflikte denn der Ursachenforschung. Wichtige Strömungen der neuen Konfliktforschung wollen politisch abstinenter sein und sich jeder persönlicher Meinung und Wertung möglichst enthalten. Sie richten ihre Aufmerksamkeit auf die personale und situative Konfliktdynamik. Damit gerät auch das soziale Engagement aus dem Fokus. In der Sozialstrukturforschung verlagert sich der Blick von der vertikal geschichteten zur horizontal gegliederten Ebene. Die Klassenmodelle, auf die sich der Friedenskongress von 1912 noch bezog, unterschieden die Lohnarbeitenden vom Bürgertum nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Analysen sozialer Schichten und Klassen differenzierten später die Menschen immer mehr nach weiteren Merkmalen wie Beruf, Qualifikationen, Einkommen und Besitz. Die primäre Aufmerksamkeit galt aber nach wie vor vertikalen Ungleichheiten. Das änderte sich im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Theorien sozialer Lagen beziehen seither das subjektive Wohl – wie die Lebenszufriedenheit – stärker ein. Horizontale Ungleichheiten stehen auch bei Modellen sozialer Milieus im Vordergrund. Sie betonen die Lebensauffassung, den Lebensstil und die Wertorientierung. Die Lagen- und Milieuanalysen weisen auf wichtige Differenzierungen hin, vernachlässigen aber gesellschaftliche Gegensätze. Sie geben eine Entwicklung vor, die von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus führe. Die Suche nach Glück scheint die Sorge um das Materielle abzulösen. Das erlebnisorientierte Denken ersetzt das an Produkten orientierte. Der Alltag verkommt so zur Lebensbühne. Die innere Welt verlängert sich in die äussere. Symbolwelten scheinen

frei wählbar zu sein, obwohl die sozialen Gegensätze und Klassen keineswegs verschwunden sind, keineswegs nur noch der Vergangenheit angehören. Postmoderne Diskurse vernachlässigen die globalen Gegensätze. Diese verschärfen die soziale Brisanz und machen bereit für gewalttätige Konflikte. Um es zu wiederholen: Krieg kann zu Armut führen und Armut zu Krieg. Als Alternative bietet sich eine gerechtere Verteilung an. Wir postulieren diese normativ und unabhängig davon, ob es eine klare empirische Evidenz dafür gibt, dass ein friedlicher und gerechter Interessenausgleich aktiv zur Friedensförderung und Konfliktprävention beiträgt. Der Einbezug des subjektiven Wohls der Akteure in die Gesellschaftsanalyse ist sinnvoll und eine wichtige Voraussetzung für politisches Handeln, zusammen mit der Untersuchung sozialer Verhältnisse. Aber einige Friedensforschende beurteilen die Frage der Normativität anders. Daher gehen wir hier weiter darauf ein und knüpfen dabei an der Praxis der engagierten Friedensforschung an.

Normativität und Humanität

Das soziale Denken thematisiert bereits seit seinen Anfängen zentrale Fragen der sozialen Ungleichheit, der Mobilität und des gesellschaftlichen Wandels. Normative Debatten stehen dabei klar im Vordergrund. Klassische Sozialtheorien befassen sich explizit und zielorientiert damit, gesellschaftliche Verhältnisse zu hinterfragen. Dazu gehört die Erkenntnis, dass gesellschaftliche Gruppen die Bedingungen selbst mitgestalten, die den sozialen Wandel wiederum entscheidend prägen. Und auf diese sozialen Veränderungen reagieren theoretische Diskurse, die auch dann normativ besetzt bleiben, wenn sie möglichst objektiv sein wollen.

Der amerikanische Soziologe Charles Wright Mills (1916–1962) ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein inspirierender Theoretiker im Spannungsfeld von Theorie und politischer Aktion.⁹⁰ Von einer leidenschaftlichen Liebe zum Abenteuer des Menschseins beseelt, verpflichtet er sich der mensch-

⁹⁰ Die Werke der hier und im Folgenden erwähnten Wissenschaftler, auf die sich die Beiträge in diesem Kapitel stützen, sind leicht über das Literaturverzeichnis zu erschliessen.

lichen Würde. Er nimmt sich in seinen Schriften vor, wissenschaftliche Strenge mit schöpferischer Freiheit zu verbinden. Der Soziologie weist er die Aufgabe zu, in kritischer Absicht die Schnittpunkte zwischen Biografie und Geschichte sowie zwischen persönlichen Schwierigkeiten und öffentlichen Angelegenheiten zu erforschen. Mills vertritt die Überzeugung, man könne eine gute Politik auf der Basis von theoretischem Wissen betreiben. Er fordert Intellektuelle aus den Sozialwissenschaften dazu auf, ihre Kenntnisse und Ideen in die öffentliche Diskussion zu sozialen Problemen und Ungleichheiten einzubringen. Immer noch wegweisend ist seine Analyse der Machteliten. Sie steht im Kontrast zu einer aktuellen Sicht, nach der wir es heute vornehmlich mit Funktionseliten zu tun haben, die sich primär und schier egalitär über Leistung definieren.

Mills betont auch die Bedeutung der sozialen Fantasie. Was sie bedroht, sind negative Folgen der sozialen Professionalisierung. Diese äussern sich in der Ablehnung eines Dialogs mit der humanen Philosophie. Hinzu kommen ein grassierender Technizismus und ein Nützlichkeitsdenken. Diese schwächen die soziale Fantasie, die stets versucht, neue Wege zu finden. So verteidigt Mills den intellektuellen Handwerker, der sich für Kultur interessiert und sich sozial engagiert. Heute scheuen sich indes viele Konfliktforschende, originelle und innovative Positionen in öffentliche Debatten einzubringen. Sie wollen schon gar keine Probleme mehr lösen. Das hängt unter anderem mit dem Aufkommen bio-sozialer und neurowissenschaftlicher Theorien zusammen. Diese verändern die Sicht auf das menschliche Verhalten. Sie werfen etwa die Frage auf, ob wir Menschen – im Vergleich zu anderen Lebewesen – wirklich so einzigartig sind. Hinter der quasi neutralen Aufwertung der Biologie verbergen sich auch normative Vorstellungen von dem, was friedenspolitisch sinnvoll ist und hilfreich sein könnte. Aus Sicht der Biologie hat der Mensch eine Disposition zum Konsens und zum gütlichen Einvernehmen wie auch eine zum Dissens und zum Konflikt. Daher sind menschliche Erfahrungen von zentraler Bedeutung, die erstere in unserer Kultur verankern. Wichtig ist, dass wir diese Normativität aufdecken. Ihre Verborgenheit rührt unter anderem daher, dass sie die Grundlage für die theoretische und ideologische Rechtfertigung gesellschaftspolitischer Mainstream-Diskurse bildet.

Steve Fuller (*1959) begründete eine soziale Erkenntnistheorie. Er steht in geistiger Nähe zu Charles W. Mills und wehrt sich gegen die Absicht der Biologie und anderer Naturwissenschaften, die Oberhand im Denken über Gesellschaft und Humanität zu gewinnen. In seiner programmatischen Schrift *«The New Sociological Imagination»* weist Fuller der Soziologie die Aufgabe zu, sich am Aufbau einer besseren Gesellschaft zu beteiligen. Er knüpft daran die Erwartung, dass sich grosse Verheissungen der Aufklärung in der Zukunft erfüllen lassen und der Zustand der Menschheit verbessert wird. Steve Fuller will eine Humanität neu erfinden, die das 21. Jahrhundert sozial konzipiert. *«Menschen aller Länder, vereinigt Euch»*, lautet seine Botschaft. Sein Aufruf ist stark normativ aufgeladen. Er orientiert sich zudem vorwiegend an kulturellen und religiösen Prinzipien der westlichen Welt. Das macht seine globale Humanität schwierig. Sie könnte allerdings eine Alternative zum akademischen Konformismus bieten, da sie offen ist für Veränderung, Andersdenkende und Partizipation. Der geistige Konformismus verträgt keine Andersdenkenden und keine pluralistische Welt. Wirtschaftssysteme und menschliche Entwicklungen müssen sich nicht weltweit am Modell der Marktdemokratie westlich-liberalen Zuschnitts orientieren. Wichtig ist dagegen, eine Balance zwischen Distanz und Engagement zu halten, um sich selbst von voreingenommenen Auffassungen möglichst zu befreien. Dabei helfen methodisch differenzierte Zugänge und methodologisch fundierte Überlegungen. Sie sind ein wichtiges Korrektiv. Friedenspolitisches Engagement muss reflektieren, wie spezifisch wir in die soziale und kulturelle Mitwelt eingebunden sind, die wir erforschen und verändern wollen.

Forschungsethische Grundlagen und methodologische Überlegungen qualifizieren das Engagement. Sie gehören unabdingbar zur bewussten Auseinandersetzung mit der Normativität in der Theorie und der sozialen Praxis. Es ist gerade in der Friedensforschung notwendig, auch implizite Annahmen transparent zu benennen. Emotional berührende Phänomene, die eine wichtige Rolle spielen, werden in öffentlichen Diskursen zuweilen abwehrend banalisiert oder moralisch hochstilisiert. Der Anspruch einer kritischen Analyse ist es, normative Prägungen zu erhellen und das friedenspolitische Engagement zu qualifizieren. Denn zahlreiche Menschen, die sich in der Friedensarbeit aktiv einsetzen, sind der festen Überzeugung, dass die grundlegenden Menschenrechte äusserst bedeutsam

sind und für alle Menschen in der Welt uneingeschränkt gelten. Die mächtigen Staaten der Welt müssen ihre Sicherheits- und Wirtschaftspolitik umgestalten und den armen Ländern des Südens *«faire»* Chancen einräumen. So wird in Zukunft ein Bewusstsein entstehen, für das Krieg ein ungeeignetes und illegitimes Mittel der Politik ist.

Émile Durkheim (1858–1917) gilt als Begründer einer *«positiven Soziologie»* und damit einer Forschungstradition, die eine normfreie Sozialwissenschaft anstrebt. Teile der Friedensforschung beziehen sich darauf. Der Ansatz dient ihnen dazu, ihren eigenen wissenschaftlichen Status zu betonen. Sie halten das Postulat der Wertfreiheit hoch, und sie wollen das, was ist, nicht nach dem beschreiben oder beurteilen, was sein soll. Durkheim selbst hat jedoch kein dogmatisches Verständnis von wissenschaftlicher Strenge. In seinen Schriften nimmt er oft Stellung zu Problemen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt (*«Lien social»*) bedrohen. Kritisch äussert sich Durkheim etwa zur gesellschaftlichen Differenzierung oder zum Verhältnis von Schule und Gesellschaft. *«Wenn wir die Wirklichkeit studieren wollen, müssen wir nicht darauf verzichten, sie zu verbessern»*, schreibt er im Vorwort zur ersten Auflage der *«Division du travail social»* von 1893. *«Viele meinten zwar, dass unsere Untersuchungen nicht der Mühe wert wären, wenn sie nur spekulatives Interesse hätten. Indem wir versuchen, theoretische von praktischen Problemen sorgfältig zu trennen, sollten wir jedoch die letzteren nicht vernachlässigen. Wir sollten uns im Gegenteil rüsten, sie besser zu lösen.»*⁹¹ Die Durkheim-Schule, die sich in den 1930er-Jahren und in der Nachkriegszeit einen festen Platz in der angewandten Soziologie sichert, gilt indes auch als Vorbild in moralischen Angelegenheiten. Und die erwähnte Rückbindung an normative Grundsätze ist erhalten geblieben. Auf sie berufen sich in den Sozial- und Friedenswissenschaften immer wieder neue Rechtfertigungen.

Pierre Bourdieu (1930–2002) stellt in einem älteren Aufsatz fest: *«Die Soziologie wäre vielleicht keiner Mühe wert, wenn sie nur die Fäden aufzeigen würde, von denen die Menschen, die sie beobachtet, in Bewegung versetzt werden, wenn sie vergässe, dass sie es mit Menschen zu tun hat, selbst wenn diese,*

91 Durkheim 1902, S. XXXIX.

fast wie Marionetten, ein Spiel spielen, dessen Regeln sie nicht kennen, wenn sie sich also nicht zur Aufgabe machte, diesen Menschen das Verständnis für ihre Handlungen zurückzugeben.»⁹² Die ‹Rückkehr zu Durkheim› ist hier voller Andeutungen. Sie richten sich gegen andere Kontrahenten. Bourdieu stellt sich in der Textpassage in einen klaren Gegensatz zur strukturalen Anthropologie, die sich als Erbin des Gründers der französischen Soziologie sieht und kein Interesse dafür zeigt, «den Menschen das Verständnis für ihre Handlungen zurückzugeben». Zwanzig Jahre später beruft sich Pierre Bourdieu erneut auf diese Formulierung. Er schreibt, um die Veröffentlichung politisch engagierter Vorträge zu rechtfertigen, dass «die Soziologie keine Stunde der Mühe wert wäre, sollte sie bloss ein Wissen von Experten für Experten sein».⁹³

Wissenschaft und Politik

Der Soziologe Max Weber (1864–1920) vertritt eine in der neueren Konfliktforschung weithin rezipierte Position zur Normativität. Seiner Auffassung nach verfolgen die Sozialwissenschaften das Ziel, gesellschaftliche Phänomene zu untersuchen, die mit Sinn, Bedeutung und Werten erfüllt sind. Doch steht es ihnen nicht zu, daraus normative Folgerungen für das politische Handeln abzuleiten. Die Kategorien und Konzepte, die zur Analyse historischer und gesellschaftlicher Vorgänge entwickelt werden, sollen rein beschreibenden Charakter haben. Das ist nur dann möglich, wenn methodisch fundierte Beschreibungen erarbeitet und präsentiert werden, die Entwicklungen und Herausforderungen nachzeichnen und dazu beitragen, verallgemeinernde Aussagen zu formulieren. Wenn Forschende eigene Werturteile in die wissenschaftliche Arbeit einbringen, sind sie verpflichtet, ihre subjektiven Überzeugungen und Einstellungen offenzulegen.

Max Weber nimmt sich vor, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik neu zu bestimmen. Aus diesem Grund unterscheidet er strikt zwischen dem Standpunkt der Wissenschaft und dem Standpunkt der Politik. Die Arbeit der Wissenschaft erfordert eine strenge Spezialisierung. Nur so erreicht sie ihr Ziel. Sie hat

92 Bourdieu 2002, S. 128.

93 Bourdieu 1992, S. 7.

die Wahrheit zu beweisen. Sie muss diese wissenschaftlich belegen. Das geschieht anhand von Fakten, die als gültig anerkannt werden. Die Tätigkeit der Wissenschaft ist harte Arbeit und intensive Leidenschaft zugleich. «Wissenschaft erfordert Bescheidenheit und Aufgeschlossenheit.»⁹⁴ Die Hypothesen der Wissenschaft entstehen durch einen «Einfall», «der kommt, wenn es ihm, nicht wenn es uns [den Forschenden] beliebt». Die Annahmen speisen sich aus den Erfahrungen harter Arbeit. Zudem entstehen sie unabhängig von jeglicher Form politischer Ideen. Wissenschaft beruht auf dem Grundsatz der anzustrebenden Wertneutralität. Sonst lässt sich kein umfassendes Verständnis der Fakten gewinnen. Der Politiker ist ein Mensch der Aktion, der handelt. Er vermittelt Werte und *bezieht bewusst Stellung*. Der Wissenschaftler *analysiert* hingegen die politischen Strukturen. «Denn praktisch-politische Stellungnahme und wissenschaftliche Analyse politischer Gebilde und Parteistellung ist zweierlei.»⁹⁵

Zentral bleibt jedenfalls die Frage des gesellschaftlichen Engagements. Wie die Soziologie analysiert auch die Friedensforschung die Gesellschaft, der sie angehört. Sie begibt sich «ins Feld» und versucht, möglichst nah an die Menschen und Verhältnisse heranzukommen, die sie untersucht. Die Friedenswissenschaft forscht nicht im Elfenbeinturm. Sie hat, wie alle Bürgerinnen und Bürger, eigene Vorstellungen. Sie zeigt soziales Engagement und ist gefordert, sich an Diskussionen zu beteiligen, die im Zusammenhang mit ihrer Forschungstätigkeit stehen. Max Weber fragt: Wozu ist Soziologie gut, wenn sie nicht dazu dient, die sozialen Probleme zu verringern? Friedensforschende können also an den gesellschaftlichen Debatten ihrer Zeit teilnehmen und eine politisch reflexive Position beziehen. Max Weber betont die Notwendigkeit eines politischen Engagements, fordert die Soziologie aber auf, die Rolle der Wissenschaft nicht mit der Rolle der Politik zu verwechseln. Er selbst trat übrigens sechs Jahre nach dem Friedenskongress von 1912 der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei und veröffentlichte diverse politische Zeitungsartikel. Weber legte allerdings Wert darauf, die beiden Rollen nicht gleichzeitig zu spielen. Vor allem dürfe man nicht versuchen, anderen seine eigenen Überzeugungen auf-

94 Aron 1963, S. 10.

95 Weber 1992, hier S. 14.

zuzwingen, indem man sich auf wissenschaftliche Tatsachen stütze, sonst laufe man Gefahr, seine wissenschaftliche Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Distanz und Engagement

Angeregt durch das Erbe von Max Weber führt der Soziologe Norbert Elias (1897–1990) den Strang weiter. Er ist sich bewusst, dass normative Fragen in der Wissenschaft einen gebührenden Platz verdienen. So durchzieht sein ganzes Werk die zentrale Frage: Wie viel persönliches Engagement darf ein Wissenschaftler in seine Forschung einbringen? Weiter fragt Elias, ob der Soziologe das Pathos der Distanz benötige, um eine Beurteilung gesellschaftlicher Prozesse nach objektiven Gesichtspunkten vornehmen zu können? Mit Distanz meint Elias eine Befreiung von vorgefassten Meinungen. Seine eigenen Beiträge zur Wissenssoziologie kreisen um das Verständnis von Normativität und Wissenschaftlichkeit.⁹⁶ Elias behandelt Politik und Wissenschaft nicht als gegensätzliches Paar. Er sieht Forschende als Mythenjäger und fordert eine bewusste Distanz zu politischen Tagesfragen. Wir müssen von ideologischen Auseinandersetzungen, kulturellen Selbstverständlichkeiten sowie alltäglichen Sprach- und Denkgewohnheiten immer wieder Abstand halten, um uns aus dieser Ferne dem Untersuchungsgegenstand behutsam anzunähern.

In aktuellen Debatten in der Friedensforschung reproduziert sich das seit Jahrzehnten spannungsreiche Verhältnis zwischen Sozialwissenschaften und Politik. Der wesentliche Punkt ist, stets neu auszuloten, wie sich der Raum des wissenschaftlich Denkbaren erweitern lässt. Dies geschieht auch im Widerstreit mit eigenen politischen Überzeugungen und Interessen. Methodisch differenzierte Zugänge und methodologisch fundierte Überlegungen wirken unterstützend. Sie sind auch ein wichtiges Korrektiv zu einem Engagement, das reflektiert, wie spezifisch wir in die soziale und kulturelle Mitwelt eingebunden sind, die wir erforschen wollen.

«Jeder Wissenschaftler ist auch Staatsbürger: Von dem Moment an, an dem er als Staatsbürger aktiv am öffentlichen Leben teilhat, ist er kein Wissenschaftler

mehr.»⁹⁷ So kritisiert Raymond Aron (1905–1983) die Unklarheit und Mehrdeutigkeit des politisch aktiven Wissenschaftlers. Aron moniert auch, wie die Rollenkonfusion die Forschenden dazu führen kann, unter dem Deckmantel wissenschaftlichen Diskurses politische oder gesellschaftliche Stellungnahmen abzugeben. Er stellt damit nicht die Legitimität des öffentlichen Engagements der Wissenschaft infrage. Aber der *«Mensch der Wissenschaft»* darf seine politischen Stellungnahmen nicht auf der Basis wissenschaftlicher Argumentation verteidigen. Über die Frage des gesellschaftlichen Engagements der Wissenschaft besteht also keine Einigkeit. In der Soziologie zeigt sich seit ihrem Anfang eine Trennung zwischen dem theoretischen Erkenntnisgewinn und einer praktischen Orientierung, die nützliches Wissen generieren will. Pierre Bourdieu versucht, diese Dichotomie aufzuheben.⁹⁸ Die Soziologie soll sich verstehend und erklärend sozialen Realitäten annähern und, an Erkenntnis und Enthüllung interessiert, die Gesellschaft stets kritisch distanziert aus der Perspektive der engagierten Wissenschaft betrachten.

Die Medien und die Politik fordern die Wissenschaft heute häufig dazu auf, sich an öffentlichen Diskursen zu beteiligen. Die intensiveren Kontakte zur Gesellschaft führen allerdings kaum dazu, das Mandat der Intellektuellen zu stärken, sie machen jedoch die Rolle von Fachpersonen sichtbar. Gefragt sind inhaltliche Kompetenzen zu medial aktuellen Konflikten. Die öffentliche Rolle der Forschenden löst sich so von der Figur des Intellektuellen, wie er als engagierter Generalist seit Ende des 19. Jahrhunderts an Bedeutung gewann. Sie verschiebt sich zusehends hin zur Gestalt eines spezifischen Intellektuellen. Michel Foucault (1926–1984) diskutiert diese Konzeption und meint eine neue Figur, die den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf konkrete Interventionen legt. Sie entspricht der wachsenden Forderung nach verwertbarem Fachwissen und zwingt die Konfliktforschung dazu, ihre Rolle in der Öffentlichkeit neu zu überdenken. Wenn der Nachweis ihrer Nützlichkeit die Öffentlichkeit zunehmend interessiert, sind forschungsethische Grundlagen und methodologische Überlegungen zentral. Sie gehören unabdingbar zur bewussten Auseinandersetzung

97 Aron 1960, S. 10.

98 Bourdieu 1997, S. 121.

mit der Normativität in der Theorie und Praxis des sozialen Engagements. Dieser Bezug auf normative Elemente zielt darauf ab, auch implizite Annahmen transparent zu benennen.

Friedensforschung ist eine Wissenschaft. Sie orientiert sich an der Theorie und an der Praxis, und sie versucht, sozialen Wandel zu erklären und zu verstehen. Friedensforschung hilft auch, soziale Konflikte zu bewältigen. Dieses Bestreben schliesst, wie die theoretischen Grundlagen, normative Vorstellungen ein. Sie bestimmen mit, was Probleme und Lösungen definiert. Je nach Sicht weichen die Analysen erheblich voneinander ab. Hinter dem Streit verbergen sich unterschiedliche Interessen und Werte, ebenso Machtansprüche, die begriffliche und gesellschaftliche Konzepte prägen. Begriffe dienen dazu, sich sozialen Realitäten anzunähern. Sie sind aber nicht neutral – sie sind im Allgemeinen auch nicht selbsterklärend, denn sie stehen in Relation zu den aktuell herrschenden gesellschaftlichen Strukturen und müssen daher erläutert werden. Was Friedensforschung bedeutet, ist eine Frage der Haltung und der Definitionsmacht.

5.2 Zur Aktualität des Basler Friedenskongresses: Sozialer Ausgleich und Zivilgesellschaft

Ueli Mäder, Hector Schmassmann

Zur Zeit des Internationalen Sozialistischen Friedenskongresses 1912 überwogen klassische, nationalistisch motivierte Territorialkonflikte und imperiale militärische Besetzungen. Sie prägten das Bild vom Krieg. Inzwischen herrschen neue Kriege, die in die Zentren der Gesellschaft vordringen. Direkt betroffen ist die Zivilbevölkerung, die nicht nur unter den medial betonten terroristischen Anschlägen leidet, sondern auch unter dem Kampf gegen den Terrorismus, der noch mehr Tote verursacht. Die Bevölkerung leidet aber vor allem unter der Verknappung elementarer Energievorräte und Ressourcen. Als überaus problematisch erweisen sich neben dem «Peak Oil» – dem Zeitpunkt, an dem der Gipfel der Erdölförderung überschritten sein, der Preis stetig steigen und der Kampf um die Reserven immer heftigere Formen annehmen wird – die aktuellen Versuche, den Zugang zum Wasser zu monopolisieren und zu privatisieren. Hinzu kommen massive soziale Gegensätze. Sie verschärfen die soziale Brisanz, gerade auch in reichen westlichen Industrieländern. Hinter sozialen Ungleichheiten verbergen sich erhebliche Konfliktpotenziale für neue gewalttätige Auseinandersetzungen. Sie werfen auch die Frage auf, wohin Europa und die Schweiz treiben. Die soziale Brisanz, die sich aus der sozialen Kluft ergibt, steht hier im Vordergrund – zusammen mit einer zivilgesellschaftlichen Konzeption, die den friedlichen sozialen Zusammenhalt fördert.

Diskrepanzen

Europa ist, wie jeder Kontinent, vielfältig: wirtschaftlich, politisch, sozial, kulturell. Trotz Euro und Europäischer Union (EU) bestehen erhebliche Diskrepanzen zwischen den einzelnen Staaten. Gleichwohl waren sie noch nie so nah und friedlich beisammen wie heute, und das trotz häufiger Krisen und gesellschaftlicher Gegensätze. Wie gross das Gefälle der Kaufkraft innerhalb der EU

ist, zeigt das Ranking des Europäischen Statistischen Berichtes (Eurostat).⁹⁹ Luxemburg ist reich, Bulgarien arm, und Italien hält sich in der Mitte. Durchschnittlich hat eine Person in Europa jährlich 11750 Euro zur Verfügung. In Liechtenstein sind es 38000 Euro, in Moldawien 673. Gemeinsam ist vielen Staaten, dass sie Banken retten und mit ihrer Verschuldung helfen, private Vermögen anzuhäufen. Die einseitige Bereicherung rührt allerdings auch von den hohen Gewinnen grosser transnational tätiger Unternehmen her. Diese heben die Preise an, senken Löhne und profitieren von niedrigen Steuern sowie von einer Politik, die sich oft schwach gegenüber Starken (Konzernen) und stark gegenüber Schwachen (Bürgerinnen und Bürgern) verhält.

Ein Comeback der Reichen stellte die Boston Consulting Group bereits 2010 in ihrer Studie über den globalen Wohlstand fest.¹⁰⁰ Im Jahr 2009 stiegen die Vermögen von privaten Anlegenden (in Bargeld, Aktien, Wertpapieren und Fonds) um 10,3 Prozent auf 112,8 Billionen US-Dollar. Als reichste Region erwies sich die europäische. Sie steigerte ihre privaten Vermögen auf 35,4 Billionen Dollar. Das entspricht einem Drittel des Weltvermögens. Auf dem zweiten Platz folgte die USA mit 35,1 Billionen US-Dollar. Im Jahr 2010 erhöhten sich die globalen Werte der Vermögen um weitere 8 Prozent auf 122 Billionen Dollar. Das sind etwa 20 Billionen Dollar mehr als im Dezember 2008, dem angeblichen Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dabei fällt die gute Platzierung der USA auf.

Die Vereinigten Staaten haben, was die Steigerungsquote privater Anlagen anbelangt, Europa überholt.¹⁰¹ In den USA stieg zwischen 2009 und 2010 der Wert privater Anlagen um 10,2 Prozent auf 38,2 Billionen Dollar. Europa legte um 4,8 Prozent auf 37,1 Billionen Dollar zu. Zusammen kommen Nordamerika und Europa auf über 60 Prozent der weltweiten Vermögen. Ihr Anlagevermögen ist doppelt so hoch wie das Bruttonsozialprodukt (BSP), die gesamte wirtschaftliche Leistung, die innerhalb eines Jahres weltweit erfasst wird. Allein die USA und Kanada sind zusammen so reich wie Afrika, der Nahe Osten und Latein-

99 Eurostat: Regional discrepancies in private household income. Brüssel 2011.

100 Boston Consulting Group: Global Wealth Report. Boston 2010.

101 Boston Consulting Group: Global Wealth Report. Boston 2011.

amerika zusammen. In Europa stehen Grossbritannien mit 7,9 Billionen Dollar und Deutschland mit 7,4 Billionen Dollar an oberster Stelle. «Sie haben die Krise der Vorjahre nicht nur gemeistert und überwunden, sondern sie sogar nutzen können, um Marktanteile zu gewinnen und die Vermögen zu mehren», schreibt Arno Balzer, Chefredakteur des deutschen «Manager Magazins»; «Der Wohlstand der Nation» heisst seine Kolumne.¹⁰² Aber das sind pauschale Daten. Sie täuschen über Gegensätze sowohl zwischen den Staaten als auch innerhalb einzelner Länder hinweg. Zudem kann das wirtschaftliche Wachstum auch von einer Flucht nach vorn zeugen, die Probleme mit ähnlichen Mitteln bewältigen soll, die sie verursacht haben. Um das Loch von heute zu stopfen, läuft eine solche Politik allerdings Gefahr, für morgen einen Abgrund aufzureissen.

Schuldenregime

Der Europäische Statistische Bericht weist die Verschuldung der Länder in Anteilen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus.¹⁰³ Am Stichtag 31. Dezember 2010 kommen Deutschland, Grossbritannien und Frankreich auf eine Verschuldungsquote von je über 80 Prozent, in Italien sind es schon 119 Prozent, in Griechenland 143 Prozent, in Schweden nur 40 Prozent. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich viele Staaten in den Jahren 2009 und 2010 verschuldet wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Ohne Darlehen der EU wären Länder wie Griechenland, Irland oder Portugal zahlungsunfähig. Auch in Deutschland stiegen die Schulden in einem Jahr um 10 Prozent. Dabei setzt Deutschland zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds ein hartes Schuldenregime durch, das andere Länder entmündigt, mit Sparauflagen bis zur Rezession antreibt und dafür hohe Zinsen verlangt. Werner Vontobel beschreibt diesen Mechanismus in seinem Beitrag «Griechen retten Deutsche».¹⁰⁴ Anders funktionierte das Londoner Schuldenabkommen von 1953, das die Schulden von Deutschland

102 Die 500 reichsten Deutschen. Sonderausgabe des Manager Magazins, Hamburg, Oktober 2011, S. 3.

103 Eurostat: Regional discrepancies in private household income. Brüssel 2011.

104 SonntagsBlick, 27.11.2011, S. 32.

einfach halbierte und so das viel gepriesene «Wirtschaftswunder» initiierte. Heute treibt die Schuldenpolitik Millionen von Menschen in die Armut. Nach dem Eurostat-Bericht «Income and living conditions in Europe» sind über 80 Millionen Menschen in der EU armutsgefährdet.¹⁰⁵ Das sind alle Personen, deren verfügbares Einkommen unter der nationalen Schwelle der Armutsgefährdung liegt. In Bulgarien sind es besonders viele, in den Niederlanden eher wenig. Deutschland befindet sich knapp unter dem EU-Schnitt von 16,5 Prozent.

Seit 1989 verstärkt sich auch in der Schweiz die soziale Ungleichheit. 1 Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügt über 58,9 Prozent der steuerpflichtigen Nettovermögen. 1 Prozent besitzt also mehr als der grosse Rest beziehungsweise die übrigen 99 Prozent. So lautete der Befund des renommierten Finanzinstituts Credit Suisse, das für diese Transparenz aus Bankenkreisen viel Kritik einstecken musste und künftig seine Analysen «bereinigen» wird.¹⁰⁶ Die Vermögen der 300 reichsten Schweizer wuchsen jedenfalls (trotz Einbussen durch die Finanzkrise) von 86 Milliarden im Jahr 1989 auf 481 Milliarden Franken im Jahr 2011.¹⁰⁷ Ein grosser Teil des Reichtums wird über grosse Erbschaften weitergegeben. 10 Prozent der Erben erhalten drei Viertel der vererbten Vermögen. Und von den gut 40 Milliarden Franken, die 2011 vererbt wurden, erhielten Millionäre mehr als die Hälfte. So konzentrieren sich Reichtum und gesellschaftliche Macht. Einzelne Personen verfügen über immer mehr Kapital und Einfluss. Unsere Gesellschaften laufen Gefahr, zu Plutokratien zu werden, also besondere Formen der politischen Organisation zu entwickeln, in denen die Reichsten die Macht besitzen und ausüben. Dies bedeutet auch, dass die Logik der meritokratischen Leistungsgesellschaft, in welcher der, der sich streckt und Leistung bringt, auch seinen gesellschaftlichen Rang verdient, schleichend unterminiert wird. In viel Reichtum steckt wenig eigene Leistung. Das nährt Illusionen vom «leichten Geld» und demotiviert Werktätige, die viel arbeiten und wenig verdienen.

Schweizer Banken verwalten über 4000 Milliarden Franken private Vermögen. Gut die Hälfte davon kommt aus dem Ausland. Mit einem Marktanteil von

105 Eurostat: Income and living conditions in Europe. Brüssel 2010.

106 Credit Suisse: Global Wealth. Databook. Zürich 2010, hier S. 120.

107 Die 300 Reichsten. In: Bilanz, 2.12.2011.

27 Prozent ist die Schweiz der grösste «Offshore-Finanzplatz» der Welt (ein «Offshore-Finanzplatz» ist eine Steueroase mit hoher Vertraulichkeit, aber wenig Aufsicht und Regulierung im Vergleich zu anderen internationalen Finanzplätzen). Diese Zahlen zeigen, dass die Schweiz bei der Verwaltung der grenzüberschreitend angelegten Privatvermögen eine dominierende Stellung einnimmt. Dabei erweist sich die politische Stabilität als zentral, zusammen mit der Verschwiegenheit und der Bereitschaft der Banken, Steuerhinterziehung zu akzeptieren. Die Schweiz nimmt bei den direkten Investitionen im Ausland mit 632 Milliarden Franken weltweit den vierten Platz ein. Und Schweizer Investoren spielen auf dem internationalen Markt für Hedgefonds eine wichtige Rolle (Hedgefonds verfolgen eine hoch spekulative und somit unsichere Anlagestrategie). Sie gehen für hohe Gewinne hohe Risiken ein. Jeder siebte Franken, der in London oder New York in Hedgefonds fließt, kommt aus der Schweiz.

Wenn das so weitergeht

In der reichen Schweiz leben bei einer Bevölkerung von 7,75 Millionen Menschen auch 240 000 Sozialhilfeabhängige sowie 180 000 Erwerbslose und Jugendliche, die keine Stelle haben, zudem rund 150 000 erwerbstätige Arme. Zu diesen «Working Poor» gehört offiziell, wer mindestens zu 90 Prozent erwerbstätig ist und weniger Lohn erhält, als das Existenzminimum ausmacht. Wenn wir die Kinder und die weiteren Familienangehörigen einbeziehen, verdoppelt sich die Zahl der Betroffenen. Hinzu kommen die alleinerziehenden Mütter, die wegen ihrer Betreuungspflichten weniger als 90 Prozent Lohnarbeit verrichten und deswegen statistisch nicht als «Working Poor» gelten. Werden sie ebenfalls einbezogen, kommen wir auf etwa eine halbe Million Menschen, die in «Working Poor»-Verhältnissen leben. Noch mehr sind es, wenn wir alle 400 000 Personen berücksichtigen, die weniger als 22 Franken pro Stunde verdienen. Das ist der Ansatz, den die Gewerkschaften als Mindestlohn vorsehen. Diese «Working Poor» verdienen alle bei einer 100-Prozent-Anstellung weniger als 4000 Franken im Monat.¹⁰⁸ Bei den 25 Prozent der Schweizer Haushalte mit den niedrigsten Ein-

108 Lampard, Daniel/Gallusser, Daniel: SGB-Verteilungsbericht. Dossier Nr. 77, Hg. vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Bern 2011, S. 5.

künften sanken die verfügbaren Einkommen seit den 1990er-Jahren auch noch. Sie hatten im Jahr 2008 real weniger Geld zum Leben als 1998. Die Schweiz verharmlost die Armut und definiert sie teilweise einfach weg. Betroffene haben dann umso mehr das Gefühl, selbst an ihrer Situation schuld zu sein. Die Armut beeinträchtigt die Gesundheit. Sie erhöht das Risiko von Krankheiten. Und die Lebenserwartung sinkt von der obersten zur untersten Einkommensschicht. Bei Armen ist die Säuglingssterblichkeit deutlich höher, zudem weisen sie eine zweimal höhere Mortalitätsrate durch Unfälle auf als die übrige Bevölkerung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserten in der Schweiz und in weiten Teilen Europas weite Bevölkerungskreise ihre materielle Situation. Politisch Liberale betrachteten Kapital und Arbeit als gleichwertig. Das änderte sich mit der verschärften internationalen Konkurrenz. Seit der rigorosen Liberalisierung der Märkte nach 1989 setzte sich vermehrt der angelsächsisch geprägte Marktliberalismus durch. Dieser forcieren die Kapitalgewinne, und die Rationalisierung der Produktion erhöhe den Lohndruck, so eine vordergründige Erklärung, die die Zunahme von Erwerbslosigkeit als Sachzwang darstellt. Das aber ist nicht haltbar. Die Rationalisierung der Produktion erhöht die Produktivität, und technische Errungenschaften lassen uns mehr Musse. Mit der Verteilung von Arbeit und Erlös hapert es jedoch. Die (Produktivitäts-)Gewinne werden einseitig privatisiert. Während Unternehmen ihren Einfluss konzentrieren und die Renditen aus Arbeit und Kapital aufsaugen, verliert das demokratische Korrektiv an Gewicht. Das zeigt sich auch beim Abbau sozialer Leistungen.

Seit dem Jahr 2005 gibt die Schweiz, trotz immens gestiegenen Reichtums, weniger Anteile ihres Bruttoinlandsproduktes für die soziale Sicherheit aus. Im Jahr 2008 sind die Einnahmen der Sozialversicherungen mit 3,4 Prozent wiederum stärker gestiegen als die Ausgaben von insgesamt 124 Milliarden Franken mit 2,7 Prozent. Die Sozialleistungsquote (Sozialleistungen im Verhältnis zum BIP) ist von 22,1 Prozent (2004) auf 20,3 Prozent (2008) gesunken,¹⁰⁹ die Anteile der Ausgaben am Bruttosozialprodukt sind also rückläufig. Etwas

109 Bundesamt für Sozialversicherung: Schweizerische Sozialversicherungsstatistik. Bern 2011, S. 5.

schwieriger war die Situation 2009. Damals stiegen die Ausgaben stärker an als die Einnahmen. Aber selbst in diesem «schlechtesten Jahr» seit 1993 lagen die Einnahmen mit 150 Milliarden Franken deutlich über den Ausgaben von 132 Milliarden Franken.¹¹⁰ Das bedeutet, dass sich die soziale Sicherheit selbst finanziert. Dieser Befund erstaunt, denn populistische Debatten erwecken den Anschein, die soziale Sicherheit lasse sich kaum mehr finanzieren. Sie unterschlagen den Überschuss der Einnahmen. Und sie vernachlässigen, wie die Renten rentieren und über Konsumausgaben viel Arbeit schaffen. Die soziale Sicherung ist aber vor allem wegen der Menschen, die ihrer bedürfen, wichtig. Und Geld ist genügend vorhanden. Was fehlt, ist der politische Wille zur Umverteilung.

Betriebswirtschaftliche Konzepte überlagern das volkswirtschaftliche und wirtschaftsgeschichtliche Denken. Und Modernisierungsstrategien verdrängen Dependenztheorien, die einseitige Abhängigkeiten vermindern wollen. Investitionen, die deutlich weniger zunehmen als die Gewinne, sollen Luxusinseln schaffen und ein wenig Wohlstand ins Hinterland durchsickern lassen. In den USA reüssieren zudem schon wieder jene, die risikofreudig von neu bewerteten Anlagen profitieren. Das weckt die Illusion, Probleme mit ähnlichen Mitteln lösen zu können wie die, die sie verursacht haben. «Wer hat, dem wird gegeben», lautet das Motto. So ist im Jahr 2011 weltweit auch die Zahl der Dollar-Millionäre auf 12,5 Millionen gestiegen. Das sind 1,5 Millionen Haushalte mehr als 2010. Sie machen insgesamt weniger als 1 Prozent der Haushalte aus, aber sie besitzen weltweit 39 Prozent der Vermögen. Gegenüber diesen wirtschaftlichen Entwicklungen sind zivilgesellschaftliche Konzepte von beschränkter Reichweite. Sie können aber öffentlich-rechtliche Initiativen entscheidend ergänzen, die versuchen müssen, gefährliche Prozesse der Prekarisierung und Flexibilisierung abzuwenden.

Neue Prekarisierung und Verwundbarkeit

Der Begriff der Prekarität, der «schwierigen Lage» und der verringerten sozialen Sicherheit, bezieht sich auf die Instabilität und die Fragilität von Situa-

110 Ebd., S. 2.

tionen. Er ist Ausdruck der Verunsicherung gegenüber der Zukunft und bündelt eine Vielfalt von Risiken, die zur Armut und zur Ausgrenzung, zur Exklusion führen können. Eine Realität ist derzeit ein Arbeitsmarkt, der immer mehr Menschen ausschliesst. In diesem Kontext reicht die Prekarität weit über klar lokalisierbare Gruppen hinaus. Das Risiko der Exklusion ist zwar ungleich verteilt, die Prekarität erweist sich aber, wie Robert Castel (*1933) überzeugend dargelegt hat, als Querschnittsthema der Lohnarbeitsgesellschaft. Sie bildet den Nährboden für ein neues Verhältnis zur sozialen Frage und unterscheidet sich grundlegend von jenem Phänomen, das die Zeit der <prosperierenden Nachkriegsjahre> kennzeichnete.

Prekarität ist mit einem Gefühl sozialer Unsicherheit verbunden, das sich in vielen gesellschaftlichen Schichten und Klassen verbreitet. Doch scheint es fast paradox zu sein, die Frage nach Sicherheit und Geborgenheit in entwickelten Ländern wie den westlichen Wohlstandsgesellschaften so zu stellen. Denn wir leben in relativ gut abgesicherten Verhältnissen, wie es sie zuvor kaum je gegeben hat – und schon gar nicht 1912. Es handelt sich also offenbar um eine exklusive Suche ohne Ende: Die Suche nach Sicherheit kann jedenfalls unendlich sein. Und sie ruft damit zwangsläufig immer weitere Mängel, Entbehrungen und Frustrationen hervor. Die Unsicherheit erweist sich so, wie ebenfalls Robert Castel begründet hat, als Kehrseite einer Sicherheitsgesellschaft. Die modernen Gesellschaften stehen auf unsicherem Boden. Das liegt auch daran, dass die Individuen nur beschränkt in der Lage sind, in sich selbst und in ihrem sozialen Umfeld die Fähigkeit zu entwickeln, für den eigenen Schutz zu sorgen.

Mit der Prekarität verbreitet sich ein diffuses Unbehagen. Pierre Bourdieu unterscheidet das «lagebedingte Elend» («*misère de condition*») vom «positionsbedingten Elend» («*misère de position*»).¹¹¹ Aufgrund zahlreicher verstehender Interviews mit Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus kommt er zu der Erkenntnis, dass die aus alltäglichem Leiden resultierende <kleine Not> mit der Erfahrung von gesellschaftlicher Minderwertigkeit einhergeht und im Gefühl der Individuen zum Ausdruck kommt, innerhalb des jeweiligen sozialen

111 Bourdieu, Pierre: L'espace des points de vue. In: Bourdieu 1993, S. 9–11.

Bezugsrahmens nicht genügend Anerkennung und Wertschätzung zu erfahren. Das positionsbedingte Elend bezieht sich auf die Perspektive jener, die es unmittelbar erfahren. Sie bleiben dabei in den Grenzen des Mikrokosmos gefangen. Und so erscheint das Elend zwangsläufig als «gänzlich relativ»; ja sogar als völlig irreal, wenn man es aus der Perspektive des Makrokosmos betrachtet. Häufig wird der Vergleich zum grossen lagebedingten Elend gezogen. Davon zeugen Redewendungen wie: «Du kannst dich nicht beklagen». Oder: «Es gibt Schlimmeres!» Wer jedoch die grosse Not zum Mass aller Not erhebt, versagt sich, wesentliches Leiden wahrzunehmen und zu verstehen. Er übergeht ein Leid, das soziale Räume kennzeichnet. Und dies im Rahmen grosser Ordnungen, die unzählige «kleine Nöte» begünstigen. So nährt sich etwa die Furcht vor Ausgrenzung von der Angst vieler Individuen, nicht mehr zu genügen, nicht anerkannt zu sein oder sogar als minderwertig betrachtet und ganz ausgeschlossen zu werden.

Letztlich verweist der Begriff der «Prekarität» auf zwei verschiedene Bedeutungen. Die erste ist der Mangel. Das Gefühl des Mangels bezieht sich auf das Nachlassen des Schutzes vor sozialen Risiken wie Armut und Arbeitslosigkeit. Die zweite Bedeutung verweist auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und dominante Formen der Herrschaft. Prekarität resultiert in der ersten Bedeutung aus dem Verlust sozialer Unterstützung. In der zweiten Bedeutung konstituiert sie sich aus einer gesellschaftlich zugeschriebenen Deklassierung. In dieser haben mannigfaltiges Leid und seelische Not ihren Ursprung. Dazu gehören der Verlust von Selbstvertrauen und das Gefühl von Nutzlosigkeit. In der einen wie der anderen Bedeutung handelt es sich um Bedrohungen, die das Individuum und seine Angehörigen belasten. Beide Bedeutungen finden sich auch im Konzept beruflicher Prekarität. Wichtig ist dabei – wie Serge Paugam deutlich gemacht hat –, ob das Verhältnis zur Beschäftigung oder das Verhältnis zur Arbeit als Grundlage der Analyse dient. Das Verhältnis zur Beschäftigung verweist auf die Absicherungslogik des Wohlfahrtsstaates; das Verhältnis zur Arbeit auf die produktive Logik der Industriegesellschaft. Die Arbeitnehmenden sind in einer prekären Lage, wenn ihre Beschäftigung unsicher wird und sie ihre berufliche Zukunft nicht mehr überblicken können. Das ist der Fall bei Beschäftigten, die nur einen befristeten Arbeitsvertrag haben, aber auch bei denjenigen, die per-

manent von Kündigung bedroht sind. Eine solche Situation ist gekennzeichnet durch eine starke ökonomische Verwundbarkeit und eine partielle Einschränkung der sozialen Rechte, zumal diese Rechte zum grossen Teil auf einer festen Beschäftigung beruhen. Den Arbeitnehmenden kommt aus diesem Grund nur eine untergeordnete Position in den sozialen Statuspositionen zu, wie sie der Wohlfahrtsstaat hierarchisch definiert. In diesem Fall lässt sich von einer Prekarität der Beschäftigung sprechen. Die Lage der Arbeitnehmenden ist aber ebenfalls prekär, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Arbeit nicht von Belang, schlecht bezahlt und innerhalb des Unternehmens wenig anerkannt ist. Erfährt ihr Beitrag zur gesellschaftlichen Produktion keine Wertschätzung, entwickeln sie das Gefühl, mehr oder weniger unnütz zu sein. In diesem Fall lässt sich von einer Prekarität der Arbeit sprechen. Diese beiden Dimensionen der Prekarität sind eng miteinander verknüpft und auch gemeinsam zu untersuchen. Sie verweisen auf tief greifende Wandlungen des Arbeitsmarktes und auf strukturelle Entwicklungen der Arbeitsorganisation, die Menschen mehr Flexibilität abverlangen.

Soziale Frage und neuer Geist des Kapitalismus im 21. Jahrhundert

In westlichen Ländern ist das Prinzip der Flexibilität an eine allgemeine Aufforderung gekoppelt: Menschen müssen heute möglichst bereit sein, sich jederzeit einem ständigen Wandel anzupassen. Veränderungen des Kapitalismus im späten 20. Jahrhundert drängen dazu, Flexibilität setzt sich als neuer ökonomischer Imperativ durch. Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung und Minijobs weiten die unternehmerischen Freiheiten aus, das Aufweichen vertraglicher Vereinbarungen soll die Effizienz der Produktion erhöhen. Privilegierte würdigen die Flexibilität als unternehmerische Innovation und Emanzipation von bürokratischen Zwängen. Eine Flexibilisierung von Arbeit und Beschäftigung, die keiner kollektiven Steuerung unterliegt, schränkt jedoch soziale Regulationen, Sicherungen und gewerkschaftlichen Einfluss ein. Sie wirkt sich auch auf die psychische Belastung und seelische Gesundheit von Arbeitnehmenden aus. Einseitig Abhängige verlieren so den Boden unter den Füßen.

Die soziale Unsicherheit kehrt offenbar in reiche Gesellschaften zurück – und damit auch eine wichtige Voraussetzung für Konflikte. So genannte <normale>

Arbeitsverhältnisse lösen sich auf. «Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung» sind für Robert Castel (*1933) und Klaus Dörre (*1957) die zentralen Aspekte der sozialen Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Castel beschreibt in einem Buch mit diesem Titel die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, an der unzählige Menschen in westeuropäischen Ländern seit dreissig Jahren wieder vermehrt leiden.¹¹² Bis Mitte der 1970er-Jahre profitierten die Lohnabhängigen vom sozialen Kompromiss des Industriekapitalismus. Dieser Kompromiss beruhte auf dem Zusammenwirken zwischen der kollektiven Organisation der Arbeit, der Existenz von Sozialpartnern und einer starken Präsenz des Sozialstaates.

Seither sind die Individuen immer mehr auf sich selbst gestellt. Sie leben «von der Hand in den Mund» und bangen um ihre Zukunft. Die Erwerbstätigen erfahren, wie sich die Arbeitsorganisation individualisiert. Die verordnete Flexibilität führt zu quasi planwirtschaftlichen Transformationen. Castel bezeichnet den zunehmenden Zerfall familialer und sozialer Verhältnisse als «kollektive Entkoppelung» («*désaffiliation sociale*»).¹¹³ Betroffene reagieren darauf mit Ressentiments. Dieses gemeinsame Merkmal reicht aber nicht aus, um eine widerständige Kultur zu begründen, auch weil sich die Flexibilität – je nach beruflicher Tätigkeit – recht unterschiedlich auswirkt.

Die historisch neue Form der Prekarität hat frühere Typen der Lohnarbeit verdrängt. Eine erste Form von Prekarität entstand bereits durch die frühkapitalistische Lohnarbeit. Sie vereinnahmte die Werktätigen, bevor sie aus Gewohnheit und Erziehung die Anforderungen der neuen Produktionsweise als natürlich erachteten. Das wirtschaftliche System benötigte eine subproletarische Reservearmee, und die qualifizierten Fachkräfte konnten sich zunächst über diese Prekarität erheben. Eine gewisse Entprekariisierung brachte dann die «fordistische Landnahme», die nach dem Unternehmer Henry Ford (1863–1947) benannte Neuausrichtung der Produktion und der Sozialpartnerschaft: Sie überlagerte gewachsene Sozialbeziehungen mit wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen. Das Regime der organisierten Zeit beziehungsweise die Herausbildung eines Sozial-

112 Castel, Robert: Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit. In: Castel/Dörre 2009, S. 21–34.

113 Ebd., S. 29.

bürgerstatus für breite Kreise der arbeitenden Bevölkerung integrierte und disziplinierte die arbeitende Klasse. Die Vollbeschäftigung kam mit eher marginaler Prekarität aus. Der florierende Kapitalismus schien keine Reservarmee mehr zu benötigen, behandelte allerdings die Frauen als solche.

Heute ist die fordistische Gestalt mit eher marginaler Prekarität weitgehend verschwunden. Seit den 1970er-Jahren setzte sich vor allem die <finanzgetriebene Landnahme> durch.¹¹⁴ Sie verbindet die Kapitalakkumulation mit flexiblen Produktionsmodellen. Die <finanzgetriebene Landnahme> privatisiert die marktförmige Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Solidarprinzip. So ist ein Regime der kurzzyklischen Zeit entstanden. Dörre verortet hier eine wesentliche Ursache für die neue Prekarisierung. Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sind zu Restgrößen verkommen, die flexibel an fremdbestimmte Auftragslagen angepasst werden. Geplante Gewinnmargen geben den Ton an. Finanzmarkt und Prekarität sind somit zwei Seiten einer Medaille. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen entspricht dieser Logik. Auch der Staat hat sich an dieser Landnahme zu orientieren. Er tut dies beispielsweise, indem er die öffentlichen Verwaltungen nach Prinzipien des New Public Management konzipiert.

Ein neuer Geist des Kapitalismus kennzeichnet die <finanzgetriebene Landnahme>. Er ideologisiert die Freiheit als Restrukturierung im Namen von Eigenverantwortung. In Deutschland haben allerdings, so Dörre, die Mehrzahl der Beschäftigten noch formal geschützte Arbeitsplätze. Gleichwohl vollzieht sich ein Übergang von marginaler zu disqualifizierender und diskriminierender Prekarität. Die Prekarisierung ist je länger desto weniger eine Exklusion sozial Randständiger. Sie äussert sich vielmehr in drei Strukturformen. Am unteren Ende befinden sich erstens die <Überzähligen>. Dazu gehören vor allem die Arbeitslosen. Die Ausgrenzung vollzieht sich nicht aus der Gesellschaft, sondern innerhalb der Gesellschaft. Von den <Überzähligen> lassen sich dann zweitens jene Prekarisierten unterscheiden, die als Leiharbeitende eine unsichere, niedrig entlohnte Arbeit haben. Eine versteckte Form von Prekarität existiert drittens

114 Vgl. hier und im Folgenden Dörre, Klaus: Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus. In: Castel/Dörre 2009, S. 35–64.

innerhalb der Gruppe der formal noch sicher Beschäftigten. Sie müssen ständig fürchten, ihren Status ebenfalls zu verlieren.

Die Wiederkehr des Verdrängten äussert sich auch in Form von Unruhen. Die Gewalt von unten entsteht aus der Deklassierung. Der Soziologe Loïc Wacquant (*1960) deutet in seinem Beitrag für den Band *«Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung»* den Aufstand als Folge gebrochener Herzen.¹¹⁵ Er beschreibt den Fluch, innerhalb einer reichen Gesellschaft *«überzählig»* zu sein. Die soziale Polarisierung verstärkt auch die räumliche Absonderung. Sie schafft Sozialräume, aus denen innerstädtische Gettos entstehen können. Nach unseren eigenen Studien zur sozialen Ungleichheit weisen heute etliche Anzeichen darauf hin, dass sich bei sozial Benachteiligten die Resignation teilweise in Wut verwandelt. Die Wut über abgehobene Managerlöhne kann die Gefahr erhöhen, dass Menschen Halt bei autoritären und populistischen Kräften suchen. Sie kann aber auch die Bereitschaft fördern, sich mehr für die eigenen Interessen einzusetzen und sich zivilgesellschaftlich zu engagieren.

Zivilgesellschaft und zivile Courage

Die Zivilgesellschaft zeichnet sich durch einen offenen Charakter und säkulare Grundlagen der Politik aus, Konfliktbereitschaft und Konfliktfähigkeit sind zentrale Aspekte. Sie manifestieren sich in gesellschaftlichen Protesten und sozialen Bewegungen, die eine Autonomie gegenüber staatlichen Einrichtungen verlangen. Die Zivilgesellschaft hat verschiedene Stränge. Ältere Staatstheorien thematisierten die Frage der *«Civil society»* bereits im 17. Jahrhundert. John Locke (1632–1704) leitete damals gesellschaftliche Institutionen und Integrationsformen aus den Bedürfnissen der Individuen ab. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts engagierte sich im ehemaligen Ostblock die Menschen- und Bürgerrechtsbewegung dafür, die Zivilgesellschaft zu stärken. Soziale Bewegungen setzten sich während der 1970er-Jahre auch in westlichen Industrieländern vermehrt für die Erhaltung ziviler Einrichtungen ein. Heute beeinflusst die

115 Wacquant, Loïc: Die Wiederkehr des Verdrängten. Unruhen, *«Rasse»* und soziale Spaltung in drei fortgeschrittenen Gesellschaften. In: Castel/Dörre 2009, S. 85–112.

Frage nach dem Rückzug des Staates die Debatten über die Zivilgesellschaft. Die Reaktivierung des Zivilen soll gesellschaftliche Aufgaben neu verteilen, den sozialen Zusammenhalt festigen und Konflikte mit zivilen Mitteln bewältigen. Die Zivilgesellschaft läuft aber auch Gefahr, einen Abbau sozialstaatlicher Leistungen kompensieren zu müssen und einen solchen Rückschritt unfreiwillig zu legitimieren.

Die Zivilgesellschaft steht in einer langen Tradition der Solidarität. Sie geht zunächst von Einzelnen, Familien, sozialen Bewegungen, Genossenschaften, Gewerkschaften, politischen und kirchlichen Organisationen aus. Im Vordergrund stehen selbst organisierte Aktivitäten ausserhalb der Staats- und Marktsphäre. Die Unterscheidung von ziviler Gesellschaft und Staat gilt als Kennzeichen der Moderne. Anthony Giddens (*1938) kritisiert diese Trennung. Seiner Auffassung nach ist «die Zivilgesellschaft nie bloss eine Reihe von Einrichtungen ausserhalb des Staates gewesen».¹¹⁶ Der Staat ist kein Selbstzweck. Er umfasst zahlreiche gesellschaftliche Institutionen und nimmt – auch über die Unterstützung ziviler Einrichtungen – Funktionen wahr, die von öffentlichem Interesse sind. Die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen sind ein wichtiges Instrument einer demokratischen Bewegung. Sie machen Probleme sichtbar, ziehen Mächtige zur Verantwortung und weiten die öffentliche Entscheidungsfindung aus.

Die Zivilgesellschaft engagiert sich gegen alte und neue Kriege, sie drängt auf politische statt militärische Lösungen. Und sie wendet sich gegen Armut und soziale Ungleichheiten, denn Armut erhöht die Gefahr gewalttätiger Konflikte und kann zu kriegesischen Auseinandersetzungen führen. Umgekehrt vergrössern Kriege Armut und Leid weiter Bevölkerungskreise. Mit wachsendem Wohlstand sinkt die Gefahr gewaltsamer Konflikte. Zivilgesellschaftliche Strategien müssen, wie Jean Ziegler ausführt, den «Hass auf den Westen» ernst nehmen und auch berücksichtigen, «wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren».¹¹⁷ Dabei hilft es, wenn wir uns vergegenwärtigen, was – in Anlehnung an Jean-Paul Sartre (1905–1980) – der Mensch aus dem machen kann, was die Gesellschaft und die Geschichte aus ihm gemacht haben,

¹¹⁶ Giddens 1997, S. 187.

¹¹⁷ Ziegler 2009.

oder anders ausgedrückt: Der Mensch soll seine Fähigkeiten zum Aufbau einer reflexiven Distanz zu sich selbst ständig weiterentwickeln.

Was eine Zivilgesellschaft konkret für den Frieden leisten kann, diskutieren Thania Paffenholz und Christoph Spurk.¹¹⁸ Je intensiver sich eine Zivilgesellschaft an Friedensverhandlungen beteilige, lautet eine Erkenntnis, desto stabiler sei das Friedensabkommen. Weitere engagierte Forschung ist unabdingbar. Diese muss sich auch der Frage stellen, wie sich der normativ geforderte und wissenschaftlich fundierte «konstruktive Pazifismus» sowie Kenntnisse über Konfliktphasen und Konfliktodynamiken verbreiten lassen, die wiederum konkrete Massnahmen begründen. Nach einem gewaltsamen Konflikt können vor allem Schutz, «Monitoring», Anwaltschaft und öffentliche Kommunikation hilfreich sein. Sie machen den Konflikt transparent. Die internationale Gemeinschaft soll dabei nicht einfach bekannte Organisationen, sondern gezielt lokale zivilgesellschaftliche Gruppen unterstützen. Wichtig sind aber auch gründliche Kenntnisse darüber, wie gesellschaftliche Machtverhältnisse und Dimensionen symbolischer Gewalt hergestellt werden und sich legitimieren. Wie wir in unserer Studie «Wie Reiche denken und lenken» festgestellt haben, bereitet es selbst einzelnen Reichen grosse Sorgen, dass die zunehmende soziale Kluft den sozialen Frieden aufbrechen und zu massiven Konflikten mit lauter Verlierenden führen könnte.¹¹⁹

Wie kann zivile Courage aussehen? Im Frühjahr 2010 legten sich mehrere Hundert Jugendliche auf den Zürcher Paradeplatz. Sie demonstrierten damit zum einen gegen die Selbstbereicherung der Banken und zum andern gegen die stark angestiegene Ausfuhr von Kriegsmaterialien.¹²⁰ Im Jahre 2011 exportierte die Schweiz für 872,7 Millionen Franken Kriegsmaterial in 68 Länder. Dies entspricht einer Zunahme um 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr (640,5 Millionen Franken). Im Jahr 2005 lagen die Waffenexporte der Schweiz bei 259 Millionen Franken. Die Arabischen Emirate und Saudi-Arabien importierten einen grossen

118 Paffenholz/Spurk 2006, S. 16 f.

119 Mäder/Aratnam/Schilliger 2010.

120 «Der Mob schlägt wie der Blitz ein», titelte die «Basler Zeitung» am 10.2.2010.

Teil dieser Rüstungsmaterialien. Einen weiteren Teil erhielten NATO-Staaten, die in Afghanistan, Pakistan, im Irak, Jemen, in Libyen und in Somalia Krieg führten und führen. Länder, in denen Menschen gefoltert werden, erhalten ebenfalls helvetische Waffen, zudem Länder, in denen Menschen zu wenig zu essen haben, wie Indien und Pakistan.

Laut der revidierten Schweizer Verordnung über den Export von Kriegsmaterial ist der Export an Staaten verboten, die in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind oder die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen. Die Verordnung ist seit Dezember 2008 in Kraft. Der Bundesrat missachtete sie im Jahr 2011 erneut. Er unterläuft seine eigene Gesetzgebung, indem er den Begriff des bewaffneten Konfliktes recht eigenwillig interpretiert. Gegen diese Praxis bei den Waffenexporten wandten sich immerhin siebzig Rechtsgelehrte. Sie warfen dem Bundesrat in einem offenen Brief vor, den Begriff des bewaffneten Krieges umzudefinieren, um in mehr Länder exportieren zu können. Und wissenschaftliche Mitarbeitende der Juristischen Fakultät Zürich und der Universität Bern kritisierten als unabhängiger <Think-Tank Forum Aussenpolitik> (foraus) die «zu lasche Kontrolle bei den Waffenexporten».¹²¹ Das sind immerhin kleine Zeichen friedenspolitischer Aktivität, auch wenn sie derzeit keine Massen auf die Strassen treiben.

¹²¹ Bühler, Stefan: Zu lasche Kontrolle bei Waffenexporten. In: NZZ am Sonntag, 8.4.2012.